SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Partizipation und Telekommunikation

Janshen, Doris

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Janshen, D. (1978). Partizipation und Telekommunikation. In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 143-159). Darmstadt: Luchterhand. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137197

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Partizipation und Telekommunikation

Doris Janshen

Gemeinhin bezeichnet der Terminus Partizipation einen Kommunikationsprozeß unter den Bedingungen eines politischen Herrschaftsverhältnisses. Explizit politische Aspekte der Bürgerpartizipation haben daher in der wissenschaftlichen Literatur und Presse vor der Analyse der materiellen und strukturellen Ursachen Beachtung gefunden, wenngleich das politische Gewicht verschiedener kommunaler Aktivitäten sehr unterschiedlich einzuschätzen ist[1]. Diese Präferenz führt einerseits zu einer zu kritisierenden Neigung, Einzelaspekte janusgesichtiger Partizipationsbestrebungen als politische Alternativen zu sehen oder schließlich andererseits einen solchen Radius von Aktivitäten darunter zu fassen, der von Planungsbeteiligung bis zur Nachbarschaftshilfe reicht, so daß der Terminus seine analytische Prägnanz und Kontur verliert. Im folgenden fasse ich deshalb Partizipation als eine Form gesamtgesellschaftlicher Kommunikation auf - etwa neben rezeptiven oder aktiven Formen - und verstehe Kommunikation als grenzenüberschreitende Verbindungsaktivität zwischen den verschiedenen Erfahrungsbereichen. Denn "Kommunikation", so Luhmann, "verwebt die Gesellschaft zur Einheit"[2].

Dieser umfassende Bericht gesellschaftlicher Kommunikation steht auch hinter der Konzeption für ein variables Telekommunikationssystem (VTS), das von der Arbeitsgruppe Kommunale Kommunikation (AGK) entwickelt wurde, mit dessen Charakteristika ich Sie in der gebotenen Kürze über das Verhältnis von Partizipation und Telekommunikation vertraut machen möchte[3]. Bezogen auf das randstädtische Neubaugebiet Gropiusstadt, eine sogenannte Schlaf-

stadt mit 19.000 Wohnungen und unzureichender infrastruktureller Ausstattung im Südosten Berlins, wurden auf der Grundlage einer kürzlich durchgeführten umfassenden soziologischen Untersuchung kommunikative und materielle Defizite erhoben. In der ersten grundlegenden Arbeitsphase wurden Schlüsselpersonen (Hausmeister, Hausfrauen und Experten der Sozialen Dienste usw.) und anderer staatlicher Institutionen nach sozialen Defiziten des Gebietes befragt. Zentrum der Fragestellung war das prinzipielle Verhältnis von sozialen Problemen und institutionellen oder teilinstitutionalisierten Verfahren ihrer Behebung. Deshalb wurde nicht nur nach defizitären Erfahrungen im Gebiete selbst gefragt, sondern die Sozialexperten wurden zusätzlich auch nach innerbetrieblichen defizitären Kooperations- und Kommunikationsstrukturen in der Verwaltung gefragt. Nur einige typische Aspekte für die These, daß im Gegensatz zu den Berliner Altbaugebieten die kommunikative Seite sozialer Defizite in der Gropiusstadt besonderes Gewicht hat:

- Die randstädtische Lage zwingt zu einer erhöhten Mobilität der Berufstätigen, bei einer Immobilität der Nicht-Berufstätigen;
- für beide Gruppen resultiert daraus eine Verminderung der Freizeitaktivitäten;
- Familienzentrismus und Sedimentierung überholter geschlechtsspezifischer Rollenfixierungen werden dadurch gefördert, was u.a. zu verstärkten psychosozialen Konflikten führt, z.B. zu einer hohen Scheidungsrate;
- die kommunikationsfeindliche Struktur des Wohngebietes führt zu einer Reduzierung von Kontaktbeziehungen auch im Gebiet;
- mangelhafte Informationen über die traditionellen Agenturen sozialer Hilfe führen zu einer Verschärfung der sozialen Problematik.

Zusammengefaßt bestehen die Kommunikationsdefizite der Bewohner aus einem Mißverhältnis der Individuen zu sich selbst (Identitätseinbußen, destruktive Selbsterfahrungen), zur Umwelt (soziale Lerneinbußen der Nicht-Berufstätigen) und zu anderen Menschen (Kontaktarmut, emotionale Einbußen). Solche Defizite kennzeichnen jedoch nicht nur die Lebenssituation der Bewohner von randstädtischen Siedlungen, sie treten hier allenfalls in symptomatischer Schärfe hervor. Denn Arbeitssektor, Administration und Organisation des Alltags zeichnet eine zunehmend defizitäre Kommunikationssituation aus. Gründe dafür sind nicht nur die Komplexität oder die Unüberschaubarkeit von Erfahrungszusammenhängen, wie sie gerade an den randstädtischen Siedlungen anschaulich in Erscheinung treten, sondern auch eben jene Mechanismen und Verfahren, mit denen man landläufig ihrer Herr zu werden versucht:

Die durch Zentralisierung bedingte Monofunktionalisierung in allen Lebensbereichen läßt die Erfahrungsbereiche noch weiter auseinandertreten, Rationalisierungsmaßnahmen führen zu Fremdheits- und Entfremdungserfahrungen bei den von ihnen Betroffenen.

Die damit bezeichneten Kommunikations- und Kooperationsbarrieren verstärken die Wirksamkeit einer disproportionalen Verteilung von Macht und Herrschaft, wo nicht durch Verbindungssysteme vermittelnd eingegriffen wird. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das häufige Auftreten von Interessen- und Selbsthilfegruppen. Demnach ist Übereinstimmung mit den theoretischen Annahmen Gronemeyers - auch in der Gropiusstadt - eine Ausbildung dezentraler Kommunikationsstrukturen zu beobachten[4]. Wie die Kommunikationsbeziehungen in der und um die traditionelle Familie erkennen lassen, sind historisch gewachsene dauerhafte Kommunikationsstrukturen materiell begründet. So ist zu vermuten, daß diese Selbsthilfegruppen, die im allgemeinen aufgrund infrastruktureller Mängel entstehen, eine längere Geschichte haben werden.

Wenngleich man die Mitglieder derartiger Gruppen aufgrund unseres Interviews zu den kommunikationssoziologisch Privilegierten der Gropiusstadt zählen darf, so reichen derartige Aktivitäten nicht aus, um grundsätzlich die materiell und strukturell hergestellten disparaten Erfahrungen zu synthetisieren. Überhaupt ist festzustellen, daß in der gegenwärtigen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung Kommunikationsdefizite, wie sie allenthalben festzustellen sind, durch eine Summation einzelner Maßnahmen nicht zu beheben sind. Bei der Frage nach tiefergreifenden Behebungsmechanismen wird eine These relevant, die auch ähnlich von Böckelmann vertreten wird:

"Öffentliche Räume nach dem Muster bürgerlicher Öffentlichkeit zu rekonstruieren (d.h. unterhalb des Niveaus der Massenkommunikation, denen die Schlafstädte und die Einkaufszentren angehören) können die strukturelle Segregation nicht aufheben und keine verwandelten Kommunikationsweisen durchsetzen"[5].

Böckelmann sieht die Kommunikation unter den Bedingungen der hoch arbeitsteiligen Gesellschaft und kommt zu dem Schluß, daß eine Betrachtung, die eine technische Kommunikation nicht miteinbezieht, auf eine vortechnologische Betrachtungsweise hinausläuft. Bei der Konzeption des VTS wurde diese These zur Frage, ob der Einsatz von Technologen hoher Rationalität zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen kann, obgleich diese nicht zuletzt durch die Implementation von Technologien hoher Rationalität verschlechtert worden ist. Aus solchen theoretischen Überlegungen heraus wurde deshalb versucht, in enger Anbindung an die Situation in Gropiusstadt ein Konzept zu entwerfen, bei dem interaktive Infrastrukturplanung und -gestaltung und zur Überwindung von Kommunikationsbarrieren eingesetzt werden sollten.

Allerdings geschah dies nicht unabhängig von der Einschätzung

daß politische und ökonomische Entscheidungen zu diesen Technologien der Rezeption und Reflektion durch die Sozialwissenschaften in signifikanter Weise vorauseilen, nämlich ohne daß diese über die sozialen Auswirkungen verbindlich zu urteilen vermöchten. Auch die wissenschaftlich erarbeiteten Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK)" sind Ausdruck dieser grundsätzlichen Unsicherheit[6]. Aufgrund der Schwierigkeit konkreter Antizipation künftiger Nutzungsmöglichkeiten vermochte sie auf die forschungspolitisch relevante Frage nach dem gesellschaftlichen Bedarf keine Antwort zu geben, so daß die Regierung in ihrer Stellungnahme Mitte Juli dieses Jahres den KtK-Vorschlag zur Durchführung experimenteller Kabelfernsehversuche aufgriff[7].

Mit dem Stichwort Kabelfernsehen[8] ist die im Kontext von Telekommunikation wichtigste Innovation angesprochen, wenngleich auch die von ihren Wirkungen her am wenigsten abschätzbare: Breitbandkommunikation, die es ermöglicht, über ein Koaxialkabelsystem bis zu dreißig Bewegtbildprogramme gleichzeitig zu übertragen. Breitbandverteilnetze mit Rückkanal erlauben die Informationsverteilung, den Informationsabruf, die Informationserfassung und einen begrenzten Dialog zwischen Teilnehmer und Zentrale. In der Öffentlichkeit wird dieser schmalbandige Rückkanal - schmalbandig heißt, zurück können keine Bewegtbilder gesandt werden - spektakulär häufig als die Möglichkeit genannt, die Dichotomie zwischen Individual- und Massenkommunikation aufzubrechen.

Kommunikationssoziologisch relevant scheint diese Technologie nicht nur durch die - Raum und Zeit - Verknüpfung verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme, sondern damit auch für die Möglichkeit, telekommunikativ gestützte Aktivitäten gezielt und selektiv aufeinander zu beziehen. Verbunden mit anderen Diensten auf herkömmlichen Verteilnetzen ergeben sich

Verknüpfungsmöglichkeiten verschiedener technischer Kommunikationsformen, z.B. der Fernsehkommunikation mit der Datenkommunikation, durch den Abruf audivisueller Programme, die digital gespeichert sind. Kennzeichnend für die bisherigen Anwendungen der Technologien ist dagegen der separate Einsatz bestimmter Technologien in einzelnen Bereichen, nicht aber ihre Verbindung zu einem - locker formuliert - "technologischen Mix", der erst eine gezielte und differenzierte Vermittlung der Technologien mit den vielfältigen Erscheinungsformen der sozialen Realität herstellen läßt.

Im VTS gehen wir daher von einem Medienverbundsystem aus, das heißt, wir fragen uns, inwieweit man die EDV - ein analytisch arbeitendes Verfahren der Informationsverarbeitung - verbunden mit der Breitbandkommunikation und den damit einhergehenden Möglichkeiten der Informationsverteilung kommunikations- und partizipationsstützend im kommunalen Bereich einsetzen kann.

Bevor wir uns den projektierten VTS-Funktionen zuwenden, ein Blick auf verlängerbare Entwicklungstendenzen:

Inwieweit durch eine Rationalisierung der Verwaltung mit Hilfe der Telekommunikation überkommene Erscheinungsformen des Verwaltungshandelns verändert oder gar obsolet werden und inwieweit damit auch Entwürfe und Praktiken partizipativer Planungskontrolle, Mitentscheidung usw. überholt sind - solche Fragen sind von der Partizipationsforschung bislang kaum gestellt worden. In den nächsten Jahren werden wir in der Bundesrepublik damit jedoch konfrontiert werden, denn in der staatlichen Administration wird am ehesten mit einem Ausbau von Breitbandnetzen zu rechnen sein, wo sie vermutlich für Faksimile-Übertragungen und Datenkommunikation genutzt sein werden. Allgemein formuliert besteht damit die Möglichkeit, disparates Wissen der Verwaltung z.B. über Datenaggregierung

in Informationssystemen und Konferenzschaltungen zusammenzuführen, was, wie wir in der VTS-Funktion Verwaltungsrationalisierung exemplarisch vorgeführt haben, soviel heißt wie Überwindung von Kommunikations- und Kooperationsbarrieren[9]. Wie an der Arbeit der Sozialen Dienste aufgezeigt wurde, führen die hierarchische Struktur, Ressortsplitterung und die Abhängigkeit des Verwaltungshandelns von Merkmalsdefinitionen zu einem prinzipiell als defizitär zu bezeichnenden Kommunikationsverhältnis zwischen sozialen Problemen und den strukturalen Rezeptionsmechanismen der Verwaltung. Gerade auch im Hinblick auf die gescheiterten Versuche der Verwaltungsreformen in den vergangenen Jahren wären telekommunikativ getragene Formen zur Überwindung von Kommunikationsbarrieren unter pragmatischen Gesichtspunkten zu begrüßen.

Jedoch nicht uneingeschränkt, denn bislang ist schwer abzusehen, ob und in welcher Form durch die funktionelle Zentralisierung von Information eine Aushöhlung übernommener Verwaltungsstrukturen stattfinden wird. Doch im Kontext damit, daß die sich in Planung befindlichen integrierten Informationssysteme - zum Beispiel das Kommunale Datenanalysesystem der Stadt Köln[10] - vor allem auf Belange der Exekutive zugeschnitten sind, sind politische Bedenken nicht unbegründet. Wie von Steinmüller[11] wiederholt hervorgehoben, führt dies zu einer überproportionalen Ausdehnung der Administration, wodurch der Partizipationsspielraum des Bürgers - nicht zuletzt auch aufgrund einer sich vergrößernden Diskrepanz zwischen der Planungskompetenz der Administration und dem Interessenhorizont der Bürger - eingeschränkt würde. Auch Fehl[12] betont, daß die über Informationssysteme hergestellten "Planungsinformationen", "Kontrollinformationen", "Überwachungsinformationen" und "Legitimierungsinformationen" primär für den Nutzen des politisch bürokratischen Apparates hergestellt werden. Lenk[13] schließlich stellt sich dem Dilemma der Gefahr einer Perfektionierung zu großer politischer Kontrolle einerseits und der

auch aus der Sicht des Betroffenen Notwendigkeit größerer sozialer Kontrolle andererseits, was immer auch größere Visibilität der Individuen heißen müßte.

Wenngleich diese kritischen Positionen hier nur angerissen werden können, möchte ich doch darauf hinweisen, daß sie teils von einem technokratisch linearen Trugschluß bestimmt sind. Die Angst perfekter Herrschaft durch den für die Bürger kaum sichtbaren Apparat der Planungsverwaltung, die besonders hinter Steinmüllers Vorstellungen erkennbar wird, beruht auf den falschen Prämissen einer rationalen und widerspruchsfreien Verwaltungsorganisation. Nicht auszuschließen ist demgegenüber durch die Technofizierung eine Potenzierung innerorganisatorischer Widersprüche mit bislang nicht absehbaren Folgen.

Zumindest muß nicht notwendig mit Offe[14)] gefolgert werden, daß über den Hebel von Legitimationsbedarf und Loyalitätssicherung Partizipationsangebote gemacht werden müßten. Mit der Ausbreitung der Telekommunikation ist demnach auch die Partizipationsforschung mit offenen Fragen konfrontiert, die dazu zwingen, durch die Technik hergestellte Veränderungen nicht nur im Nachhinein mit wissenschaftlicher Exaktheit zu konstatieren, sondern zukünftigen Entwicklungen auf der Ebene konkreter Antizipation vorauszueilen und diese, wo möglich, durch Information zu beeinflussen.

Die AGK hat sich diesen Grundsatz zu eigen gemacht, wenn sie bei ihrer Weiterarbeit von einem integrierten Informationssystem ausgeht, das sowohl auf Informationsbedürfnisse der Verwaltung als auch auf die des Bürgers antworten soll. Ich werde später noch verdeutlichen, daß aus dieser Verbindung sich für die Planung der Nutzen herstellen ließe, quasi automatisch über die Nutzung des Systems durch den Bürger implizite Daten und Erhebungen zu gewinnen. Mit dieser Möglichkeit wachsen die Probleme des Datenschutzes, so daß trotz vielfäl-

tiger juristischer Restriktionen dieses System nur als ein öffentliches außerhalb der staatlichen Bürokratie denkbar ist.

Die Verbesserung der informativen Kompetenz des Bürgers hat im Kontext der Partizipationsforschung vor einigen Jahren Robert Jungk beschäftigt, als er den Bürger der Zukunft Datenbanken konsultieren sah[15], bevor er sich auf soziale Aktivitäten und Entscheidungen einläßt. Doch gegenwärtig beobachtbare Entwicklungen deuten nicht darauf hin, daß digital gespeichertes Wissen sich integrativ in alltäglich soziales Handeln einläßt. Was die Planung von audivisuell gespeichertem Wissen angeht, das über Breitbandverteilnetze individuell abrufbar ist, so zeigen Entwicklungen in Japan, wo sie am weitesten fortgeschritten sind, daß die dort projektierten Informationsangebote eher zu einer Bestätigung konsumptiven Nutzerverhaltens führen. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß sie apathischem Sozialverhalten nicht entgegenwirken. An den japanischen Planungen wird besonders deutlich, daß die Bereitstellung des Rückkanals und die technisch damit gegebene Zweiwegkommunikation für sich noch nicht die Bedingung für interaktive mehrdimensionale Kommunikation herstellt.

Damit zeigt sich einmal mehr, daß die sozialen Dimensionen der Technologien ganz eng mit Fragen ihrer Organisation zusammenzusehen sind. Auch die in Bezug auf die japanischen Entwicklungen aufkommende Befürchtung, daß die Knappheit der Software, beziehungsweise die Langwierigkeit ihrer Herstellung, zur Stereotypisierung differenzierter Ausprägungen sozialen Lebens beiträgt, wird von der AGK eher als ein Organisationsproblem angegangen.

Eine organisatorische Lösung bildet der Versuch, regionale informative Resourcen, z.B. Aufklärungsmaßnahmen der sozialen Dienste oder des Ärztezentrums über eine Sozialstation, der die technischen Möglichkeiten einer Kabel- und einer Datenstation

zu Gebote stehen, je nach Bedarf in die Informationsleistungen mit aufzunehmen oder über eine teletechnische Koordination von Informationen, Maßnahmen und sozialem Handeln zwischen verschiedenen Kommunikationspartnern der Kommune zu vermitteln. Diese Sozialstation, die damit im weitesten Sinne die kommunikations- und partizipationsbefördernden Funktionen der Gemeinwesenarbeit wahrnehmen soll, verfügt nach dem Modell aufgrund der Partizipation von Bevölkerung und kommunalen Institutionen am VTS, sowie durch Kontakte mit den verschiedenen Kommunikationspartnern über das Wissen zu aufkommenden sozialen Problemen, wie über die bestehenden Möglichkeiten ihrer Behebung, um am umfassendsten und schnellsten informiert zu sein. In einem Gebiet, in dem die Erfahrungsräume weit auseinandergetreten sind, nimmt sie Kommunikations- und Transferfunktionen wahr, die sie ohne den Einsatz dieser Technologien nicht beheben könnte[17].

Das Kabelfernsehen, das die Form von Breitbandkommunikation darstellt, die in der Öffentlichkeit am meisten diskutiert wird, ist in meinen Ausführungen nur wenig berücksichtigt worden. An das Kabelfernsehen haben sich nicht selten negative Utopien oder auch Visionen angebunden, die bewußt oder unbewußt auf Vorstellungen zurückgehen, die aus der Erfahrung von Massenkommunikation resultieren. Naschold nennt als Merkmale der Massenkommunikation, daß sie "relativ groß, heterogen und anonym sei". "Die Kommunikationserfahrung bei den Massenmedien ist im allgemeinen öffentlich (jedermann zugänglich), schnell (erreicht ein großes Publikum innerhalb kurzer Zeit) und vorübergehend (wird sofort konsumiert)"[18].

Aufgrund dieser Eigenschaften sind die Massenmedien in der Vergangenheit nicht selten zum Gegenstand auch wissenschaftlicher Kulturkritik geworden, nach der die massenmediale Informations- und Unterhaltungsvermittlung ein Instrument der Meinungsmanipulation sei, das einen ihm mehr oder minder ausgelieferten Bür-

ger durch Informationen manipuliere und schließlich auch atomisiere.

In der Anonymität der Massenmedien zum Bürger bildet sich dasselbe Verhältnis ab, das der Einzelne auch zu anderen Institutionen des Staates gewinnt, je mehr die Monofunktionalisierung der Lebensbereiche anhält. Das tendenziell konsumptive Verhalten gegenüber den massenmedial vermittelten Informationen bestätigt einen Hang zur Passivierung, da, wie Appeldoorn[19] hervorhebt, damit einseitig die separativ-analytische Intelligenz von der kommunikativ-sozialen angesprochen wird.

Die Zwangsläufigkeit, mit der massenmediale Kommunikationsverhältnisse in die Zukunft verlängert werden, ist kurzschlüssig. Denn die technischen Innovationen stellen nicht nur die Bedingungen für mehr Informationsübertragung, sondern auch für individuelle Selektion, wodurch zumindest von einer aktivierten Rezeption zu sprechen ist.

Erwähnenswert sind weiter auf internationaler Ebene Bürgergruppen, die ihre Partizipationsinteressen mit Hilfe von Video-Techniken effektivieren. Die sozialtechnologischen Verfahren sind vereinfacht so darstellbar: Eine Gruppe oder Person bringt durch Verfahren der Animation andere Menschen dazu, soziale Probleme aufzugreifen und sie mit Hilfe der Technik sich selbst und anderen - auch wiederholt - darzustellen. Auf diese Weise wird ein Reflexionsprozeß in Gang gebracht, der schließlich zu einem filmischen Produkt zusammengefaßt und womöglich über das Kabel einem größeren Publikum vorgestellt wird.

Ein englisches Handbuch nennt als die wichtigsten folgende Nutzungsmöglichkeiten:

- Informationen über Aktivitäten und Ereignisse in der Nachbarschaft

- Bewußtseinshebung und Initiierung von Aktivitäten, um bestimmte Ziele zu erreichen
- ein Mittel, um Menschen zusammenzubringen
- Vermittlung von Selbstvertrauen bei der Interessenvertretung vor Behörden, Erhöhung der Effektivität der vorgetragenen Wünsche
- Aufzeichnung und Beobachtungen von Gruppeninteressen[20].

Über die Verbindung von Video- und Breitbandkommunikation bietet sich demnach die Möglichkeit, auch technisch auf den Trend zu eingangs erwähnten dezentralen Kommunikationsstrukturen einzugehen und im Zusammenhang von Lokalfernsehen die Anonymität der Massenmedien aufzubrechen und eine strukturierte Öffentlichkeit herzustellen.

Doch aufgrund der Reduktion sozialen Lernens, wie sie in randstädtischen Gebieten wie der Gropiusstadt besonders deutlich hervortritt, kann allein schon die informative Inkompetenz von Interessengruppen das liberale Modell einer funktionierenden Öffentlichkeit, sozusagen als das Zusammenspiel diverser Bereichsöffentlichkeiten, zur Fiktion geraten lassen. Und wo Zusammenhänge nicht mehr gesehen werden, kann auch demokratische Praxis nicht wahrgenommen werden. Insofern hätte die Realisation des VTS-Szenarios "Partizipative Statistik" Relevanz nicht nur für die sozialplanerischen Interessen der Administration[21]. Wegen ihrer möglichen Bedeutung für die Bürgerpartizipation möchte ich Ihnen diese VTS-Funktion abschliessend als einzige etwas ausführlicher darstellen:

Denn der gegenwärtig konstatierbare technologische Trend zur zentralen Datenerfassung, verbunden mit dezentralen Erfassungsplätzen - z.B. Heimterminals eröffnet nicht nur Möglichkeiten, datenmäßige Hemmnisse der Sozialplanung konstruktiv anzugehen, sondern darüber hinaus auch die Möglichkeit dezentra-

ler Nutzung eben dieser Informationen. Wenn Partizipation am Informationssystem immer sowohl Datengewinnung als auch Informationsnutzung meint, sind wenig aufwendige und problemorientierte Erhebungen oder Auswertungen der bestehenden Dateien denkbar.

Unter der Bedingung der Öffentlichkeit des Informationssystems und unter den organisatorischen Bedingungen der Kabel-Daten-Sozial-Station besteht die Möglichkeit, die analytisch hergestellten Daten in anschauliche Informationen zu überführen. Um die Informationen auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, müssen die quantitativen Abbildungen von Wirklichkeit requalifiziert werden. "Schließlich zwingt die Datenverarbeitung", so Birkelbach, "dazu, komplizierte Sachverhalte zu formalisieren und zu standardisieren. Sie werden gleichsam auf einen Nenner gebracht. Damit wird eine Tendenz gefördert, die für stark autoritäre Sozialstrukturen charakteristisch ist: Die Einschränkung der Perspektive, die Standardisierung des Ausdrucks und die Verengung der Wortwahl"[22]. Um zu verhindern, daß die einseitige Verbreitung von Datenverarbeitungstechnologien zu einer Verschärfung schichtenmäßiger Segregation führt, sollte im VTS-Organisationsmodell die Konstruktion als Informationsverbundsystem sinnvoll eingesetzt werden.

Deshalb sollen durch die Sozialstation regelmäßig sozialpolitisch relevante Daten in bewegt oder stehende Bilder requalifiziert werden, die zum Beispiel in Nachrichten nur für die Gropiusstadt dargestellt werden. Grundsätzlich sollten jedoch alle, d.h. auch nur tabellarisch abrufbare Informationen durch den Bürger abrufbar sein, um so weit wie möglich eine Datenkontrolle durch die Arbeit des Systems selbst herzustellen.

In der empirischen Weiterentwicklung dieser Konzeption wird zu prüfen sein, ob dadurch das Informationsgefälle zwischen Bürger und Administration, d.h. ob auch politisch bedingte Kommunikationsdefizite durch derart verbesserte Partizipationsbedingungen aufzubrechen sind.

Anmerkungen

1) Ein Beispiel dafür ist die "Registratur" politischer Partizipation, Bonn (hrsg. von U. v. Alemann, Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung in Politik, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Opladen 1975, S. 25)

2) Luhmann, N., Veränderungen im System gesellschaftlicher Kommunikation und die Massenmedien. In: Schatz, O. (Hrsg.), Die elektronische Revolution. Wie gefährlich sind die Massenmedien?, Graz etc. 1975, S. 13

3) Arbeitsgruppe Kommunale Kommunikation (AGK), Kommunikation im soziotechnischen System. Konzept für ein Variables Telekommunikationssystem (VTS) in der Gropiusstadt Berlin; erscheint demnächst beim Böhlau-Verlag Köln, hrsg. von D. Janshen mit Vorwort von Th. Pirker. Zitate aus der Untersuchung sind im folgenden als VTS mit Seitenzahlen gekennzeichnet.

4) Gronemeyer, K., Integration versus Subversion, Reinbek bei Hamburg, passim.

5) Böckelmann, F., Theorie der Massenkommunikation. Das System hergestellter Öffentlichkeit. Wirkungsforschung und gesellschaftliche Kommunikationsverhältnisse, Frankfurt a.M. 1975, S. 262

6) Zu dem Verfahren der Bedarfsermittlung in den im Auftrag der KtK erstellten Untersuchungen vgl. VTS, S. 16 f.

7) Vorstellungen der Bundesregierung zum weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems. Hrsg. vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, S. 30 ff.

8) Einen guten Überblick über die mit dem Kabelfernsehen verbundenen technischen Neuerungen bietet die Darstellung der KtK-Forschungsergebnisse in der Nachrichtentechnischen Zeitung (NTZ) 3, 76

9) Vgl. VTS, S. 149 ff.

10) Dargestellt in: Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Datenverarbeitung für kommunale Planung. Forschungsbericht DV/03.

11) z.B. Steinmüller, W., Sozialökonomische Zusammenhänge und Auswirkungen der Informationsautomatisierung. Vortrag in der Technischen Universität Berlin, 28. 1. 1976.

12) Fehl, G., Information ist alles ..., Anmerkungen zu staatlich kommunalen Informations-Verbundsystemen in der BRD. Planungsforschung. Hrsg. von Fehl, G.; Fester, K., Gütersloh, 1972, S. 264 ff.

13) S. dazu Klaus Lenk in seinen diversen Schriften. Zuletzt in einem Gespräch am 24. 9. 1976 mit der AGK.

14) Vgl. Offe, C., Strukturprobleme im Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1972, passim.

15) Jungk, R., Beteiligung der Bürger heute und morgen, in: Offene Welt, Nr. 101/1970: Partizipation - Aspekte politischer Kultur. Geistige und strukturelle Bedingungen. Gestaltungsbereiche, Modelle und Partizipationsformen. Opladen 1970, S. 62 ff.

16) S. dazu z.B. Aspekte der Breitbandkommunikation in Japan unter besonderer Berücksichtigung des audiovisuellen Pilotsystems Higashi-Ikoma. Deutsch: Ostasien-Istitut in Zusammenarbeit mit dem BMFT, Bonn Mai 1974.

17) Vgl. VTS, S. 133 ff.

18) Naschold, F., Kommunikationstheorien, in: Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1973, S. 13

19) Appeldoorn, W. van, Die optische Revolution. Die Zukunft der visuellen Medien. Diagnose und Prognose, Reinbek 1972, S. 102

20) Vgl. Basis Video in Community Work. Interaction Advisory Service Handbook No. 5, S. 4

21) Vgl. die ausführliche Darstellung der partizipativen Statistik in VTS, S. 143 ff.

22) Birkelbach, W., Überlegungen nach dreijähriger Datenschutzpraxis, in: Krauch, H. (Hrsg.), Der Bürger in der Datenbank zwischen Planung und Manipulation, Stuttgart 1975, S. 23.

Literatur

Alemann, U. v. (Hrsg.): Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung in Politik, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, Opladen 1975

Appeldoorn, W. van: Die optische Revolution. Die Zukunft der visuellen Medien. Diagnose und Prognose, Reinbek 1972

Aspekte der Breitbandkommunikation in Japan unter besonderer Berücksichtigung des audiovisuellen Pilotsystems Higashi-Ikoma. Deutsch: Ostasien-Institut in Zusammenarbeit mit dem BMFT, Bonn Mai 1974

Basis Video in Community Work. Interaction Advisory Service Handbook No. 5

Birkelbach, W.: Überlegungen nach dreijähriger Datenschutzpraxis, in: Krauch, H. (Hrsg.): Der Bürger in der Datenbank zwischen Planung und Manipulation, Stuttgart 1975

Böckelmann, F.: Theorie der Massenkommunikation. Das System hergestellter Öffentlichkeit. Wirkungsforschung und gesellschaftliche Kommunikationsverhältnisse, Frankfurt a.M. 1975

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Datenverarbeitung für kommunale Planung. Forschungsbericht DV/03

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (Hrsg.): Vorstellungen der Bundesregierung zum weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems

Fehl, G.: Information ist alles ..., Anmerkungen zu staatlich kommunalen Informations-Verbundsystemen in der BRD, in: Fehl, G., Fester, M., Kuhnert, N. (Hrsg.): Planung und Information. Materialien zur Planungsforschung, Gütersloh 1972

Gronemeyer, K.: Integration versus Subversion, Reinbek bei Hamburg

Janshen, D. (Hrsg.): Arbeitsgruppe Kommunale Kommunikation (AGK), Kommunikation im sozio-technischen System. Konzept für ein Variables Telekommunikationssystem (VTS) in der Gropiusstadt Berlin, erscheint demnächst

Jungk, R.: Beteiligung der Bürger heute und morgen, in: Offene Welt, N. 101/1970: Partizipation - Aspekte politischer Kultur. Geistige und strukturelle Bedingungen. Gestaltungsbereiche, Modelle und Partizipationsformen, Opladen 1970

Luhmann, N.: Veränderungen im System gesellschaftlicher Kommunikation und die Massenmedien, in: Schatz, O. (Hrsg.): Die elektronische Revolution. Wie gefährlich sind die Massenmedien? Graz etc. 1975

Nachrichtentechnische Zeitung (NTZ) 3/76

Nachold, F.: Kommunikationstheorien, in: Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problem-

stellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1973

Offe, C.: Strukturprobleme im Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1972

Steinmüller, W.: Sozialökonomische Zusammenhänge und Auswirkungen der Informationsautomatisierung. Vortrag in der Technischen Universität Berlin, 28. 1. 1976